



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/123

Hannover, 23. September 1949

## Unparteiische Bürokratie

=====

Dr. Sch. James Burnham und seine "Buchmanager" werden nun schon jahrelang in allen möglichen und unmöglichen Situationen zitiert. Jetzt findet sich in der "Allgemeinen Kölnischen Rundschau" (10/9/1949) ein Verfasser, der Burnham auf die ehemals Frankfurter, nunmehr Bonner Bürokratie zur Anwendung bringt. - Dr. Dresbach schreibt: "Erfahrungsgemäss sei die deutsche Ministerialbürokratie regelmässig nicht sonderlich parteipolitisch akzentuiert gewesen." Unter Hinweis auf Monarchie, Weimar und Tausendjähriges Reich wird geschickt umnebelt, was man in Frankfurt erlebte, wo ein besonderer "politischer Prüfungsausschuss" für die Bürokratie eingesetzt wurde. In gleicher Richtung liegt auch der Versuch, mit dem Namen Pödeyn auszudrücken, dass auch die SPD ihren Anteil an den Bürokratie-Managern gehabt habe. In dem einen Fall braucht man nur an den Fall "Harmening" zu erinnern, im anderen Falle nur daran, dass der damalige Direktor der VEF sich zwei Hände zulegte, eine rechte (Niklas) und eine linke (Pödeyn), man konnte ja nicht wissen!

Zum Managertum selbst aber: Es mag sicher richtig sein, dass durch zunehmende Einwirkungen des Staates auf jedem, insbesondere auf wirtschaftspolitischem Gebiet eine gewisse Schwächung der Legislative (Parlament) mit einer entsprechenden Stärkung der Exekutive (Verwaltung) Hand in Hand ging; auch wenn Dresbach es verneint, bei der "überkommenen Ministerialbürokratie" der Gegenwart ganz deutlich erkennbar.

Unterstellt man nun, wie der Verfasser, dass auch in nächster Zeit eine Art Interventionalismus des Staates notwendig bleibt - übrigens ein auffälliges Bekenntnis eines "Freiwirtschaftlers!" -

23. September 1949

dann macht es eben, immer nach der Meinung des Verfassers, gerade dieser Interventionalismus notwendig, die Verwaltung auf die Linie der herrschenden Gruppe des Parlaments, das heisst hier nichts anderes als der jeweiligen Regierung, bindend festzulegen. Die Stellung dieser Regierung im legislativen Gesamtorgan des Parlaments ist schwach, umso nachdrücklicher wird ihr Versuch sein, die fehlende Stärke durch eine geschlossene Ausrichtung der Exekutive der Verwaltung wettzumachen. Daher, und nicht wegen der Richtigkeit oder Unrichtigkeit Burnhamscher Manager-Konstruktionen, geschieht gegenwärtig in Bonn eine "Auslese" und "Neugruppierung" der Bürokratie, und zwar vom Staatssekretär bis zum Portier!

Diese Entwicklung vollzieht sich auf dem Gebiete der Wirtschaft seit Frankfurt. In konsequenter Linie werden durch den Freistilwirtschaftler Erhard grosszügig wirtschaftliche Funktionen auf nach eigenem Gutdünken geschaffene "Fachstellen" übertragen; planmässig wurde eine Selbstverwaltung dieses Teiles der Wirtschaft, d.h. der Arbeitgeberschaft, durchgeführt.

Was die Sozialdemokratie zu den Tatsachen eines solchen "Teile und Herrsche" auf den Gebieten der Wirtschaftsverwaltung zu sagen hat, entspringt keineswegs einer Gekränktheit, weil ihre "Manager" ausgeschlossen werden, vielmehr der Erkenntnis, dass mit solchen Manipulationen - denkt man die Dinge zu Ende - eine Diktatur errichtet wird. Darüber täuschen auch nicht schöne Worte von "Sachverständigen" und den "etwas exklusiven" Verwaltungsfachleuten hinweg. Der Sozialdemokratie ist nun einmal eine Diktatur verhasst, in welcher Form sie auch auftritt, ob offen oder getarnt, konzentriert oder verwässert.

#### Politische Wahlvorbereitungen der amerikanischen Gewerkschaften

H.P. Im nächsten Jahr finden wieder Kongresswahlen in den USA statt. Abgesehen von <sup>der</sup> sehr aktiven, aber unbedeutenden Sozialistischen Partei unter Norman Thomas, gibt es keine Arbeiterpartei in Amerika. Die Gesamtsituation erfordert aber von den amerikanischen Gewerkschaften als

23. September 1949

den einzig vorhandenen Massenorganisationen der Arbeiterschaft in wachsender Masse eine politische Stellungnahme. Auch wenn die Zeit für eine dritte politische Partei den Arbeiterorganisationen noch nicht opportun erscheint, so bemühen sie sich doch mit grossem Eifer, ihren politischen Einfluss in den beiden grossen Parteien, den Demokraten und Republikanern, zu verstärken.

Als Gewerkschaften können sie sich nicht direkt in den politischen Kampf einschalten. Aber politische Literatur herauszugeben, Gelder zu sammeln und andere Aktivitäten zu entwickeln, die der politischen Erziehung dienen, ist erlaubt. Aus dieser Erkenntnis heraus wurden bereits vor zehn Jahren die "Politischen Aktionskomitees" von der CIO ins Leben gerufen. Sie spielten eine erhebliche Rolle bei dem Sieg der Demokraten im November 1940. Die AFL gründete ihre "Arbeiter Liga für politische Erziehung" kurz vor den Wahlen im November letzten Jahres.

Die beiden Organisationen zusammen mit den Eisenbahnergewerkschaften haben weitgehende Pläne, um die Wähler auf die verschiedenartigste Weise bei den nächsten Wahlen zur Stimmabgabe in ihrem Sinne zu veranlassen. In der Spitze gibt es eine Zusammenarbeit zwischen den drei Organisationen, zentral wird also die allgemeine politische Strategie festgelegt. Sonst ist die Arbeit weitestgehend dezentralisiert und den lokalen Organisationen werden viele wichtige Entscheidungen überlassen. So wird diesen unteren Organen, z.B. nicht vorgeschrieben, welche Kandidaten sie unterstützen sollen, aber eine genaue Aufstellung über ihre Haltung, die die Abgeordneten bei Abstimmungen im Kongress zu allen Fragen, die die Arbeiterbewegung betreffen, eingenommen haben, gilt als wertvolle Richtschnur.

Wenn es gelingt, allein die schon fast 14 Millionen Gewerkschaftsmitglieder bei der kommenden Wahl zu mobilisieren, werden die Stimmen der amerikanischen Arbeiterklasse noch mehr als bisher ins Gewicht fallen. Bei dem völlig anders gearteten Wahlsystem in den USA wird es vor allem darauf ankommen, bereits im ersten

23. September 1949

Wahlgang, in dem die Parteien ihre Kandidaten wählen, die Ansprüche der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. In Wahlkreisen, wo bisher nur eine Partei kandidierte, erwägt man, eigene Arbeiter (Labour)-Kandidaten aufzustellen.

Die letzten Wahlen, bei denen Truman gewählt wurde, haben zwar mit einem Sieg der Demokraten geendet, aber die Forderungen der Gewerkschaften, die zu diesem Sieg beigetragen haben, konnten noch nicht erfüllt werden. Besonders das Taft-Hartley-Gesetz ist noch nicht aufgehoben worden. Die Gewerkschaften und ihre politischen Komitees werden daher ihre Hauptkraft gegen diejenigen einsetzen, die bis jetzt eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik verhindert haben.

- - - - -

Ein Patengeschenk für den Bund

=====

(sp) Vorsichtig tasten sich deutsche Körperschaften und Institutionen ins Ausland. Gewerkschaftler und nach ihnen sozialistische Politiker waren die ersten, welche die seit 1933 zum grössten Teil und seit dem Krieg restlos abgerissenen Fäden nach dem Ausland wieder knüpften. Sie durchbrachen die Blockade des Misstrauens, die Deutschland selbst über sich verhängt hatte und es war gewiss keine leichte Arbeit, in den ersten Nachkriegsjahren draussen für Deutschland zu werben. Die Verflechtung mit dem Marshall-Plan, deutsche Exporteure und deutsche Waren folgten auf diesem Weg. Und auch der Sport schlug Brücken, die lange abgebrochen waren. Zwar sind erst der Schwimmverband und der Handballverband wieder international zugelassen, aber der Bann ist gebrochen und die Zulassung der anderen Sportverbände kann nur mehr eine Frage der Zeit sein.

Nun ist vor wenigen Tagen in Bonn der Deutsche Städteverband in die Internationale Union der Städte und Gemeinden als vollberechtigtes Mitglied aufgenommen worden. Damit ist auf einem wichtigen Sektor des öffentlichen Lebens, dem der kommunalen Selbstverwaltung, der Kontakt

mit dem Ausland hergestellt, der einen fruchtbareren Gedankenaustausch zur Folge haben wird. Darüber hinaus ist es nach dem Rückschlag von Strassburg ein schöner politischer Erfolg, der auch dadurch nicht geschmälert wird, dass Polen und die Tschechoslowakei gegen die Aufnahme des Deutschen Städtetages gestimmt haben. Die deutschen Bürgermeister haben damit dem jungen Weststaat ein schönes Patengeschenk in die Wiege gelegt, das mit dem Wunsch begleitet sei, dass die besetzten Politiker Westeuropas von derselben Einsicht getragen sein mögen wie die Bürgermeister ihrer Städte. -dt

-----

Missklang aus München

S.W. Bekanntlich hat der kürzlich stattgefundene Katholikentag in Bochum in seinen Entschliessungen für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in sozialen, wirtschaftlichen und personellen Fragen Stellung genommen. Bei den Auseinandersetzungen um diese Entschliessung führte Prälat Dr. Schmitt an, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in den Betrieben gehöre zu dem "natürlichen Recht in gottgewollter Ordnung."

Jetzt reitet die "Münchener Allgemeine" (vom 18.9.) eine aufsehenerregende Attacke gegen das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Es wird in dieser Zeitung darauf hingewiesen, dass der Katholikentag mit der Annahme dieser Resolution in einem angeblichen "gewissen Widerspruch zur Erklärung des Papstes" stehe, die dieser kürzlich anlässlich einer Ansprache über die gemeinsamen Aufgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgab. Der Papst hätte erklärt: "Der Eigentümer der Produktionsmittel müsse Herr über seine wirtschaftlichen Entschlüsse bleiben". Die "Münchener Allgemeine" hat sich bisher stets als Sprachrohr jener christlichen Unternehmerkreise, die lieber heute als morgen die einheitliche Gewerkschaftsbewegung spalten wollen, ausgezeichnet.

23. September 1949

Es nimmt also nicht wunder, wenn sie, obwohl im christlichen Lager stehend, das "natürliche Recht in gottgewollter Ordnung" dann bekämpft, wenn es um die Rechte der Arbeitgeber geht. Zwar wird den Betriebsräten ein Mitbestimmungsrecht in Sozialfragen zugestanden, aber auf Personalism oder gar auf wirtschaftlichem Gebiet sei es "weder nützlich noch zweckmässig", so weit zu gehen. Die Unternehmer tragen das Risiko und die Verantwortung, die ihnen niemand abnehmen könne. "Allenfalls" könne man die Vertreter der Arbeiterschaft zu "freundschaftlicher Beratung" hinzuziehen. Es sei ein "sozial falsch empfundenes Resentiment", wenn man dem tüchtigen Unternehmer die Freiheit seiner Initiative nehme. Schliesslich wird auf die Gesetzgebung des Bundestages hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen, dass dieser nur einen "beratenden Einfluss" den Belagschaften zubilligen werde. Soweit die "Münchener Allgemeine".

Es wird nicht zuletzt Sache der ehemaligen christlichen Gewerkschaftler sein, solchen Herausforderungen aus ihrem eigenen Lager kraftvoll zu begegnen. (m/B38/229/1/he)

#### Neue Angriffe gegen Beran

(sp) Der Kirchenkampf in der Tschechoslowakei nimmt trotz des Friedensangebotes Berans immer schärfere Formen an. Die Antwort der Regierung war ein um nationalpolitische Momente bereicherter Angriff der gesamten tschechischen Presse gegen die Hierarchie, indem dieser in demagogisch geschickter Form zum Vorwurf gemacht wird, dass sie die "abgeschobenen" Sudetendeutschen, vornehmlich deren Priester, in Schutz nehme. Erst jüngst sei man darauf gekommen, dass die früheren sudetendeutschen Pfarrstellen zur Neubesetzung nicht ausgeschrieben wurden, sondern laut Verfügung der kirchlichen Behörden nur von sogenannten Administratoren geführt werden, weil angeblich zu wenig tschechische Priester zur Verfügung ständen. Die tschechische Presse behauptet sogar, dass bis vor einiger Zeit auch die Einkünfte dieser Pfarreien den ver-

triebenen sudetendeutschen Seelsorgern als Reservat gutgeschrieben wurden.

Die kirchlichen Behörden erklären, dass nach kirchlichem Recht dies in Ordnung ginge, da die Ausgewiesenen ja auf ihre Pfarrstellen nicht resignierten, wogegen die Kommunisten entgegenhalten, dass diese sudetendeutschen Geistlichen mit der Vertreibung auch ihre tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und damit das Recht auf solche Pfarrstellen und deren Einkünfte automatisch verloren haben. Der Streit hat sich also auch in dieser Frage zu einer Auseinandersetzung zwischen kirchlichem Recht und Staatsrecht zugespitzt. Als besonders krassen Fall zitiert die Regierungspresse, dass der frühere Prager Weihbischof Remiger noch bis vor kurzem im Stande eines Kanonikus im Prager Domkapitel zu St. Veit geführt wurde.

Der Katholikentag in Bochum bot der tschechischen Presse Gelegenheit zu neuen Angriffen. Die Sympathiekundgebungen für die Heimatvertriebenen, vor allem aber die Tätigkeit Remigers und des Paters Reichenberger werden dem hohen tschechischen Klerus zur Last gelegt.

#### Ein unzulänglicher Präsident

(sp) Über das Ergebnis und den Gesamteindruck, den die erste Woche der Tätigkeit des deutschen Bundesparlamentes hinterlassen hat, soll hier nicht gesprochen werden. Man wird sich damit noch genauer befassen müssen. Denn es ist entscheidend wichtig, wie sich in Zukunft das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Parlament gestalten wird, da nicht zuletzt davon die Entwicklung des demokratischen Gedankens in Deutschland abhängt.

Aber eines muss heute bereits unter bewusster Vermeidung jeder persönlichen und parteipolitischen Schärfe gesagt werden: Der Präsident des Bundestages Dr. Köhler hat versagt, und zwar in einer Weise,

23. September 1949

die es unwahrscheinlich macht, dass es sich dabei um Anfangsschwierigkeiten eines gewiss nicht leichten Postens handelt. Man ist bei der Aufstellung Dr. Köhlers durch die CDU zum Kandidaten für dieses hohe Amt offenbar von der Tatsache ausgegangen, dass Dr. Köhler Präsident des Wirtschaftsrates gewesen ist, und von der Verlegenheit, einen besseren Mann zu finden. Der Wirtschaftsrat war nach seiner Aufgabenstellung und Struktur keine echte Volksvertretung, sondern ein ernanntes Gremium von Abgeordneten, das sich vorwiegend mit wirtschaftspolitischen Aufgaben zu befassen hatte. Man hätte sich von vornherein sagen müssen, dass zur Leitung der wichtigsten politischen Körperschaft in Deutschland ganz andere Voraussetzungen notwendig sind, als sie für eines Frankfurter Pseudo-Parlament gelten mochten.

Wir wissen, dass an massgebendster Stelle der CDU-Fraktion selbst vor der Wahl Bedenken bestanden. Es ist sehr bedauerlich, dass sie sich nicht durchsetzten. Dem Präsidenten Köhler sind in den wenigen Tagen, in denen der Bundestag beeinander war, mehrmals in entscheidend wichtigen Augenblicken die Dinge völlig aus der Hand geglitten. Man braucht jetzt nachträglich auf die Anlässe, bei denen das geschah, nicht noch einmal einzugehen - nur ein Beispiel: Reimann sprach sich für die Oder-Neisse-Linie als eine "Grenze des Friedens" aus. Das hat mit recht grösste Empörung bei den Abgeordneten der übrigen Parteien hervorgegerufen. Aber es war der Ausdruck einer politischen Auffassung und es war einfach ein Missverkennen der eigenen Funktion, wenn der Präsident an diesem Anlass einen Ordnungsruf erteilte. Dieses und andere Vorkommnisse, z.B. bei der Schumacher-Rede, sind klare Beweise dafür, dass Präsident Köhler zunächst nicht seine Funktion und ihre Möglichkeiten begriffen hat.

Von der parteipolitischen Bindung des Präsidenten wird mit Vorbedacht hier nicht gesprochen. Aber der Präsident des ersten deutschen Parlaments muss zumindest über das technische Rüstzeug für sein Amt verfügen. Dass es ihm nach den Erfahrungen, die man bisher mit ihm gemacht hat und dem Eindruck, den man jetzt in Bonn an Ort und Stelle gewinnt, darüber hinaus auch an den wichtigsten Eigenschaften für eine Verhandlungsleitung auf so hohem Posten, an der nicht äusserlichen, sondern inneren Verbindlichkeit, an der stets lebendigen Fähigkeit zum Ausgleich und zum Erkennen der zwei Seiten jeder Angelegenheit fehlt, ist eine schwere Belastung. Man kann sich kaum vorstellen, wie Dr. Köhler auf die Dauer, mit solchen Mängeln behaftet, sein Amt versehen soll.

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau